

Peter Zwick weiter im Schwitzkasten

Kritik Grüne und SP überlegen sich, eine Parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen

VON LEIF SIMONSEN

«Demnächst» erscheint Peter Zwicks Stellungnahme zum kritischen Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK), sagt sein Sprecher Rolf Wirz. Mit grösster Wahrscheinlichkeit ist das nächste Woche.

Dass dem angeschlagenen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor damit der grosse Befreiungsschlag gelingt, halten die wenigsten für realistisch. Die Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofer droht für den Fall, dass Zwick sich damit noch weiter ins Abseits manövriert, mit weiteren Schritten. «Wir überlegen uns, ob wir eine Parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen», sagt sie gegenüber der bz. Auch sie weiss: Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ist das ultimative Misstrauensvotum des Parlaments – anders als in vielen Ländern kann die Regierung im Baselbiet nicht abgewählt werden. Eine PUK, so das Landratsgesetz, kann «für die Abklärung spezieller Vorkommnisse nach Anhören des Regierungsrats, beziehungs-

«Aus Zwicks Direktion sind nicht alle Unzulänglichkeiten an die Öffentlichkeit gedrungen.»

Hanspeter Weibel,
GPK-Präsident

weise des Kantonsgerichts und der Geschäftsprüfungskommission» eingesetzt werden. Die «speziellen Vorkommnisse» sind für Brenzikofer gegeben. «Im Gesundheitsbereich ist es allerhöchste Zeit, dass wir etwas unternehmen – die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt darf nicht länger auf sich warten lassen.»

Weibel hält PUK für «Unsinn»

Inwieweit Brenzikofer im Landrat allerdings für ihre Idee schon geweiht hat, ist unklar. FDP-Fraktionspräsident Rolf Richterich hat beispielsweise noch nichts vom Vorhaben gehört, scheint aber ohnehin nicht begeistert. Der Schaden, den Zwick mit der Fehlplanung des Bruderholzneubaus bisher verursacht hat, liege bei 25 bis 30 Millionen Franken. «Wenn man dafür eine PUK einsetzt, dann hätte man dies auch für den Chienbergtunnel oder für den Bau der H2 zwischen Liestal und Pratteln machen



Peter Zwick nimmt nächste Woche zum GPK-Bericht Stellung. MARTIN TÖNGI

müssen», kommentiert er. Für ihn sind demnach die Voraussetzungen für eine solche Kommission nicht gegeben – «ausser, Zwick fordert sie selbst.» Das ist nicht anzunehmen.

Noch weiter vom Vorschlag Brenzikofers distanziert sich Hanspeter Weibel. Dabei steht der SVP-Landrat als GPK-Präsident wahrlich nicht im Verdacht, mit Zwick verhandelt zu sein. Eine PUK hält er für «Unsinn». «Sie würde nicht mehr ans Tageslicht bringen als die Geschäftsprüfungskommission», ist er sich sicher. Gleichzeitig räumt er ein: «Aus Zwicks Direktion sind nicht alle Unzulänglichkeiten an die Öffentlichkeit gedrungen.» Die GPK habe sich auf das beschränkt, was für den Landrat und die Bevölkerung relevant sei – politischen Einfluss wolle sie aber nicht nehmen.

Brenzikofer wagt Prognosen

Richterich und Weibel unterstellen Brenzikofer ein politisches Manöver. «Es macht schon den Eindruck, als würde man ihn demontieren wollen», sagt Richterich. «Eine PUK würde der Sache nicht gerecht», sagt Weibel.

«Noch vor den nächsten Wahlen im Jahr 2015 wird das Baselbiet eine neue Regierung haben.»

Florence Brenzikofer,
Grünen-Präsidentin

Auf offene Ohren stösst Brenzikofer hingegen bei der Ratslinken. SP-Präsident Martin Rüegg will Peter Zwicks Stellungnahme zwar abwarten, sagt aber: «Die Vorwürfe an seine Direktion sind derart erheblich, dass wir eine PUK nicht ausschliessen können.» Als «politischen Todesstoss» würde Rüegg dies nicht bewerten. Vielmehr als «aussergewöhnliches Instrument, das nur ein bis zwei Mal pro Jahrzehnt eingesetzt wird».

Brenzikofer ist hingegen der festen Überzeugung: Der Tornado, der derzeit über die Baseltbieter Regierung fegt, wird das eine oder andere Opfer fordern. «Noch vor den nächsten Wahlen im Jahr 2015 wird das Baselbiet eine neue Regierung haben.» Hanspeter Weibel hält von Brenzikofers Prognosen indes ähnlich viel wie von einer PUK. «In den nächsten 12 Monaten gibt es so viele Unwägbarkeiten, dass nur eines gewiss ist: Alle Prognosen wären falsch.»

Offene Ohren für Lärmkritiker

Open Air Birsfelden «Birsfelden darf keine Schlafstadt sein». Dies sagten sich zehn junge Erwachsene zwischen 21 und 30 Jahren und organisierten im August 2011 das 1. Birsfelder Open Air auf der Fridolinsmatte. Heuer wird es am 3. und 4. August die 2. Auflage geben, wieder mit Auftritten diverser Bands. Grund genug für den Veranstalter, den Musikverein Event Arena (MEA), gestern neben der Piazzetta einen Informationsstand aufzustellen. «Wir sind offen für Gespräche mit der Bevölkerung», erklärt Stephan Zahno (21), der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. «Selbstverständlich sei es bei der Premiere zu einigen wenigen Lärmklagen von Anwohnern gekommen.»

Doch der Veranstalter darf auf den Support der Gemeinde zählen. René Broder, alt SP-Gemeinderat, und Pascal Donati, FDP-Lokalpolitiker, fanden sich zum Austausch mit dem OK ein. Beide waren sich einig: «Es ist gut, wenn in Birsfelden etwas läuft.» Auch wenn der Stand nicht von den Massen überrannt wurde, schätzten die Birsfelder, dass der MEA offen und transparent kommunizierte. (GK)

Kassierin veruntreut 1,6 Millionen

Luxusleben Das Strafgericht verurteilte eine Ex-Kassierin einer Wohngenossenschaft. Ins Gefängnis muss sie wohl nicht.

VON PATRICK RUDIN

Ein gesichertes berufliches Umfeld, keine Vorstrafen, keine psychische Störung: «Wir stehen vor einem Rätsel», meinte Gerichtspräsident Andreas Schröder gestern. Das Strafgericht in Liestal verurteilte die ehemalige Kassierin der Muttenzer Wohngenossenschaft Brüggli (bz vom 6. Juni) wegen mehrfacher Veruntreuung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren teils bedingt. Zwei Jahre davon werden auf Bewährung ausgesprochen, ein Jahr hingegen unbedingt. Da die 54-jährige Frau eine feste Anstellung hat, wird sie dieses ein Jahr wohl in Halbgefangenschaft oder mit der elektronischen Fussfessel «absitzen» können. Die Deliktsumme beträgt 1,582 Millionen Fran-

ken, diesen Betrag muss sie als Schadenersatz auch der Wohngenossenschaft zurückbezahlen.

Das Gericht stufte die Tätigkeit der Kassierin in einem Genossenschaftsvorstand nicht als gewerbmässige Vermögensverwaltung ein, was das Strafmass deutlich reduzierte. Ebenfalls betonte Gerichtspräsident Schröder in der Urteilsbegründung, dass man es der Frau sehr leicht gemacht habe, sich zu bedienen. «Es gab kaum Grenzen und Kontrollen in der Wohngenossenschaft. Man hat es nicht für

«Es gab kaum Grenzen und Kontrollen in der Wohngenossenschaft.»

Andreas Schröder,
Gerichtspräsident

nötig befunden, in die Belege zu schauen.» So habe im Vorstand niemand Fragen gestellt, als in zwei aufeinanderfolgenden Jahren schon für kleine Renovationen Hypotheken aufgenommen werden mussten, obwohl bislang eigentlich jedes Jahr ein Überschuss von 300 000 Franken entstanden war. Andererseits habe die Frau aber auch Belege entfernt und somit «gezielt, systematisch und mit Aufwand» veruntreut, wie Schröder festhielt.

Die Frau hatte in den Jahren 2000 bis 2008 eigene Rechnungen für Kleider, Schuhe und Taschen der obersten Preisklasse ab dem Genossenschaftskonto bezahlt. «Sie haben sich ein Luxusleben finanziert. In einer Woche haben Sie bei Hermès und Trois Pommes Beträge ausgegeben, die ein einfacher Arbeiter in einem Jahr verdient», resümierte Schröder.

Kein Berufsverbot

Getragen hatte sie die Kleider angeblich nie, sondern schliesslich der Kleidersammlung mitgegeben. Das Verfahren wurde von mehreren Mitgliedern der Wohngenossenschaft auf den Zuschauerrängen verfolgt. In ihrem Schlusswort hatte sich die Frau bei den Genossenschaftlern für ihre Taten entschuldigt.

Von einem Berufsverbot sah das Gericht ab: Es sei auch im Interesse der Gläubiger, wenn die Frau weiterhin arbeiten könne. Allerdings verlängerte das Gericht die Probezeit für die bedingte Strafe auf drei Jahre. Der Staatsanwalt hatte eine unbedingte Freiheitsstrafe von über vier Jahren gefordert. Das Urteil kann noch weitergezogen werden.

Standpunkt

von Klaus Kirchmayr



Auf die Stärken besinnen

■ HIOBSBOTSCHAFTEN von tiefroten Zahlen haben die Baseltbieter Bevölkerung aus ihrem Traum eines sorglosen Lebens geweckt. Was Jahrzehnte beinahe als Naturgesetz galt – ein finanziell gesunder Kanton –, gilt nicht mehr. In der Entrüstung wird über Steuergeschenke geschimpft, die überbordende Verwaltung angeprangert und die Unfähigkeit von Regierung und Politikern beklagt. Bei allem Verständnis: Nicht Aktivismus, sondern eine nüchterne Analyse und eine langfristige Strategie zur Bereinigung der Situation sind nun gefragt.

FÜR 2012 RECHNET der Kanton mit einem Minus von 212 Millionen Franken. Dem gegenüber steht ein wirtschaftlich leistungsfähiger Kanton, der 2012 geschätzte 16,5 Milliarden Franken Wertschöpfung erwirtschaften wird. Auch die Substanz des Kantons kann sich sehen lassen. Bruttoschulden von 2,1 Milliarden stehen sehr konservativ bewertete Vermögenswerte gegenüber. Hinzu kommen hohe stille Reserven auf den Beteiligungen des Kantons (Kantonalbank, Messe, Kraftwerke etc.), die mehrere Milliarden ausmachen. Die Nettoverschuldung ist also de facto gleich null.

ANGESICHTS der Dimension des Defizits kann man nur darüber staunen, wie populistische Politiker das Märchen von Hunderten überflüssiger, fauler Beamter oder den Riesenverlusten von angeblich einseitigen Steuersenkungen marktschreierisch unters Volk bringen. Die eine oder andere Million lässt sich so sicher finden und Effizienz- und Strukturverbesserungen sollen auch im Kanton laufend angestrebt werden. Doch lässt sich damit kein 200-Millionen-Loch stopfen. Möglichkeiten wären die Kürzung der Löhne der Kantonsangestellten oder Ertragssteigerungen durch Steuererhöhungen. Beide Massnahmen bergen hohe soziale und ökonomische Risiken.

NÜCHTERN BETRACHTET ist das aktuelle Defizit wohl zu gross, um es mit den üblichen Methoden in den Griff zu bekommen. Es ist deshalb an der Zeit, sich auf die Stärke des Kantons, seine Substanz, zu besinnen. Der Kanton hat diese bisher kaum genutzt. Er ist chronisch unter-investiert. Entsprechend sind die Erträge des Kantons hinter denen anderer Kantone zurückgeblieben. Es braucht jetzt intelligente Investitionen. Diese müssen auf die Zukunft ausgerichtet werden; sie dürfen nicht zur Finanzierung bestehender Aufgaben oder Bewahrung veralteter Strukturen verwendet werden.

DESHALB SIND AUCH alle Anstrengungen zu unternehmen, die unser aktuelles Defizitproblem mildern helfen. Das Entlastungspaket, von dem ein Teil am 17. Juni zur Abstimmung kommt, wirkt in die richtige Richtung. Ich empfehle Ihnen deshalb ein Ja zu den Entlastungspaket-Vorlagen. Ein Ja setzt ein Zeichen zum Aufbruch, ein Nein birgt die Gefahr von langwierigen, unproduktiven Schuldzuweisungen.

Klaus Kirchmayr ist Fraktionschef der Grünen im Baseltbieter Landrat.